

Regierungsrat

*Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch*

Konferenz der Kantonsregierungen
Haus der Kantone
Speichergasse 6
Postfach 444
3000 Bern 7

per Mail: mail@kdk.ch

17. Mai 2011

**Europapolitische Standortbestimmung - Innerstaatliche Reformen
Konsultation zum Entwurf eines Positionsbezugs**

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben mit Schreiben vom 23. März 2011 die Kantonsregierungen eingeladen, zu einem Entwurf für einen Positionsbezug der Kantonsregierungen und zum erläuternden Bericht EuRefKa vom 18. März 2011 Stellung zu nehmen.

Der Bericht der Arbeitsgruppe EuRefKa, welcher bestehende und künftig mögliche Problemfelder im Zusammenhang mit der Europapolitik des Bundes analysiert, Zielvorstellungen für innere Reformen formuliert und mögliche Lösungsansätze definiert, wurde bereits an der Plenarversammlung der KdK vom 17. Dezember 2010 diskutiert, und es wurden dort die weiter zu verfolgenden Lösungsansätze beschlossen und andere Lösungsansätze zurückgestellt.

Die Arbeitsgruppe EuRefKa hat sodann gestützt auf die diesbezüglichen Diskussionen anlässlich der Plenarversammlung der KdK sowie anlässlich einer Klausurtagung mit den Präsidenten der Fachdirektorenkonferenzen den Bericht überarbeitet und den vorliegenden Entwurf für einen definitiven Positionsbezug erarbeitet.

Der Bericht der Arbeitsgruppe EuRefKa zeigt in einer Problemanalyse die aktuellen und künftig wahrscheinlichen Problemfelder auf, welche sich für die Kantone in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht aus der aktuellen Entwicklung der bilateralen Zusammenarbeit der Schweiz mit der EU ergeben. Der Bericht zeigt zudem Lösungsansätze zur Behebung der beschriebenen Problemfelder auf indem er klare Zielvorstellungen für entsprechende innerstaatliche Reformen zur Festigung der föderalistischen und demokratischen Staatsorganisation im Rahmen der Europapolitik des Bundes skizziert und daraus konkrete Massnahmenvorschläge ableitet.

Im Entwurf für einen Positionsbezug der Kantonsregierungen wird bekräftigt, dass innerstaatliche Reformen zur Festigung der föderalistischen und demokratischen Staatsorganisation für die Kantonsregierungen eine unerlässliche Voraussetzung für eine weitere Vertiefung der Beziehungen zur EU darstellen. Wir unterstützen diese Feststellung. Die darauffolgend im Entwurf beschriebenen, weitreichenden Massnahmen zur Stärkung der Informations- und Mitwirkungsrechte der Kantone, der Organisationsstrukturen dieser Mitwirkung sowie des Rechtsschutzes in föderalen Angelegenheiten unterstützen wir im Sinne eines Positionsbezugs gegenüber dem Bund. Zur Forderung der Stärkung des Rechtsschutzes in föderalen Angelegenheiten verweisen wir auf die Vernehmlassung des Regierungsrates des Kantons Solothurn vom 9. Mai 2011 zum Vorentwurf der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats betreffend Verfassungsgerichtsbarkeit bei Bundesgesetzen.

In der Frage der Sicherstellung der notwendigen demokratischen Legitimation zur Verfestigung der Organisation der kollektiven Mitwirkung der Kantone halten wir dafür, dass es primär Sache der einzelnen Kantone ist, dafür zu sorgen, dass ihre Vertretungen in der KdK nach Massgabe der jeweiligen Kantonsverfassung hinreichend legitimiert sind. Wir unterstützen daher die Variante 1 und lehnen die Variante 2, die die Schaffung eines entsprechenden Konkordats (mit Gesetzesrang) vorsieht ab. Wir betonen hingegen den im Bericht angeführten Grundsatz, dass das Recht der einzelnen Kantone auf eigene Stellungnahmen auch weiterhin gewahrt bleiben soll.

Für die Möglichkeit, eine Stellungnahme zum Entwurf eines Positionsbezugs betreffend Europapolitische Standortbestimmung – innerstaatliche Reformen abgeben zu können, und für die Erarbeitung des wertvollen Arbeitspapiers durch die Arbeitsgruppe EuRefKa bedanken wir uns bestens.

Mit freundlichen Grüssen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Christian Wanner
Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatsschreiber